

Wer Windanlagen bauen will, hat das Gesetz auf seiner Seite: Solche Projekte sind privilegiert, müssen also genehmigt werden, wenn sie sich an die Bauvorschriften halten. Viele Gemeinden erkennen nun, dass sie Wildwuchs nur dann verhindern können, wenn sie voraus-

Der Kampf um die Windenergie

schauend planen. Sie können Areale festlegen, die sich besonders gut für Windräder eignen und damit das übrige Gemeindegebiet vor dem Zugriff von Investoren

schützen. Die Kommunen im Landkreis Starnberg tun dies in einer gemeinsamen Aktion, die Dachauer planen ähnliches. Der Regionale Planungsverband lobt dieses Vorgehen als vorbildlich und macht zugleich klar: Windräder werden bald zum Landschaftsbild dazugehören.

Mein Wind gehört mir

Aus Angst vor Wildwuchs beginnen die Gemeinden in der Region allmählich, grenzüberschreitend Zonen für Windräder auszuweisen – sie sehen auch die Chance, mit ihnen Geld zu verdienen

Von Sabine Bader, Michael Ruhland und Michael Töndt

Die Herren Bürgermeister müssen schwer beeindruckt gewesen sein, oder aber sie stecken längst so tief im Thema drin, dass sie ohnehin schon praktisch alles wissen. Nachdem der Starnberger Landrat Karl Roth am Dienstag im Münchner Rathaus seinen Kurzvortrag zur Windkraft beendet hatte samt Erklärungen, wie die Gemeinden in seinem Landkreis gemeinsam das Thema anpacken wollen, verhärteten die Zuhörer, eine ganze Riege von Rathauschefs aus dem Großraum, allesamt in Schweigen. Sie waren zur Versammlung des Regionalen Planungsverbandes zusammengekommen, die Windkraft stand prominent als erster Punkt auf der Tagesordnung – und keiner hatte Fragen, niemand wollte sich aufregen. Und das bei diesem Thema?

Es hat in den vergangenen Monaten ja viele erstaunliche Wandlungen bis hin zu Kehrtwenden gegeben in der Energiepolitik. Dazu wird man auch die bedachte

Haltung zählen dürfen, mit der Kommunen rund um München neuerdings mit der Windkraft umgehen. War die Perspektive, ein Windrad könne einem Bürger die Vorgartenidylle oder den Alpenblick zerstören, lange ein Grund, diese Art von Stromerzeugern pauschal abzulehnen, so hat man nun erkannt, dass man aktiv werden muss. „Wir können nicht das Ziel verfolgen, bis 2035 energieautark zu sein, und dann sagen, die Windkraft interessiert uns nicht“, sagt Starnbergs Landrat Roth. „Und die Rechtslage bedingt es einfach: Wenn man als Kommune selber plant, dann hat man ganz andere Spielräume.“

Denn die Rechtslage ist eindeutig: Außerhalb von Wohnbebauung gelten Windkraftanlagen laut Baugesetzbuch als privilegiert – sie sollen also explizit gerade dort errichtet werden. Einfach verhindern kann eine Kommune einzelne Standorte daher nicht. Über Umwege allerdings doch: Indem sie geeignete Gebiete als sogenannte Konzentrationszonen für die Windkraft ausweist. Alle übrigen Bereiche bleiben dann für Windräder tabu. Neu ist bei alledem, dass in vielen Gegen-

den der Region Kommunen gemeinsam an solchen Konzentrationszonen arbeiten. Die dafür nötigen Flächennutzungspläne enden üblicherweise an den Gemeindegrenzen. Für die Windkraft wollen viele Kommunen nun erstmals über diese hinaus blicken. Im Landkreis Starnberg bemühen sich alle 14 Kommunen darum, ähnliche Bestrebungen gibt es im Osten Münchens mit Gemeinden wie Grosbrunn oder Poing, auch rund um Garching gibt es entsprechende Gedankenexperimente.

Einen Schritt weiter ist man – gezwungenermaßen – in der Gemeinde Berg im Kreis Starnberg. Dort liegt bereits ein Antrag zum Bau einer Anlage vor, an einem Standort, den die Gemeinde nicht akzeptieren will. Als Alternativen kämen nur „sehr, sehr wenige Flächen“ in Betracht, sagt Bergs Bürgermeister Rupert Monn. Und: „Wenn Windräder bei uns gebaut werden, wollen wir dies nicht irgendwelchen Großkonzernen überlassen. Dann machen wir es selbst.“ Denn die Rendite von bis zu zehn Prozent im Jahr müsste den Gemeindebürgern zugute kommen, findet der Rathauschef. Helfen sollen da-

bei die Stadtwerke München (SWM). „Mit ihnen haben wir vertraglich vereinbart, uns des Themas Windenergie gemeinsam anzunehmen“, sagt Monn. Das Unternehmen werde die Gemeinde also beispielsweise bei der Standortsuche und -untersuchung mit seinem Know-how unterstützen. Eine entsprechende

Die Münchner Stadtwerke bieten sich den Kommunen als Partner an

Zusammenarbeit bieten die SWM, die selbst im großen Stil in Windräder in der Nordsee investieren, grundsätzlich allen Kommunen in der Region an.

Im Landkreis Dachau möchten die Gemeinden zunächst einmal das Expertenwissen des Bayerischen Gemeindetages nutzen, also ihres eigenen Interessenverbandes. An diesem Donnerstag lassen sich alle Bürgermeister des Kreises bei einem gemeinsamen Termin von einem Gemeindetagsvertreter erklären, wie sie in puncto Windenergie planerisch die Zö-

gel in der Hand halten können. Denn die Angst ist groß, dass Investoren von außen kommen und die Kommunen nur zuschauen können, wie kreuz und quer Windräder gebaut werden. Die 17 Dachauer Kommunen verfolgen derzeit eine ähnliche Strategie wie die Gemeinden im Landkreis Starnberg: Sie wollen in einer konzentrierten Aktion ihre Flächennutzungspläne ändern und Windkraftanlagen nur noch an bestimmten Stellen zulassen. „Unser Ziel ist es, so wenig Beeinträchtigung wie möglich für Mensch und Umwelt zu erreichen“, sagt Heinz Eichinger, Bürgermeister von Vierkirchen und Vorsitzender des Vereins Dachau Agil, der sich um die regionale Entwicklung im Landkreis kümmert.

Dabei gehe es mitnichten darum, Windräder zu verhindern, bekräftigt Eichinger. „Wir wollen die Energiewende und werden unseren Beitrag leisten“ – so fasst er die Position seiner Amtskollegen zusammen. Dieser Beitrag soll durchaus eigennützig sein: „Wir werden alles daran setzen, dass die Wirtschaftskraft in der Region bleibt.“ Und das funktioniere am besten, wenn die Kommunen Wind-

energie-Projekte selbst in die Hand nehmen und den Bürgern Beteiligungen anbieten. Letztlich müssten die Gemeinden, sagt Eichinger, selbst auf die Landwirte zugehen, auf deren Grund Windräder möglich seien, um potentiellen fremden Investoren zuvorzukommen. „Die Kommunen sind für die Grundeigentümer doch die verlässlichsten Partner“, behauptet der Vierkirchner Bürgermeister.

Noch ist man allerdings längst nicht so weit. Bislang gibt es für den Landkreis Dachau lediglich ein Gutachten, welches das Potential für die Nutzung der Windkraft allgemein bewertet. Wenn sich die Bürgermeister auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen können, müsste jede Gemeinde nochmals ein Detailgutachten in Auftrag geben, kündigt Eichinger an. Erst auf Basis dieser Expertisen könnten dann in den Flächennutzungsplänen Zonen für Windkraft ausgewiesen werden. Der Bürgermeister sieht noch einen Vorteil der Allianz: Dass alle 17 Kommunen auch die gleichen Festlegungen treffen, was die Höhen und Abstände der Windräder von der Bebauung betrifft. „So etwas gab's bei uns noch nie.“



Ganz elektrisiert

Mit seinem Privatkraftwerk hat sich Oberschweinbachs Bürgermeister einen Kindheitstraum erfüllt – der Kampf darum war hart

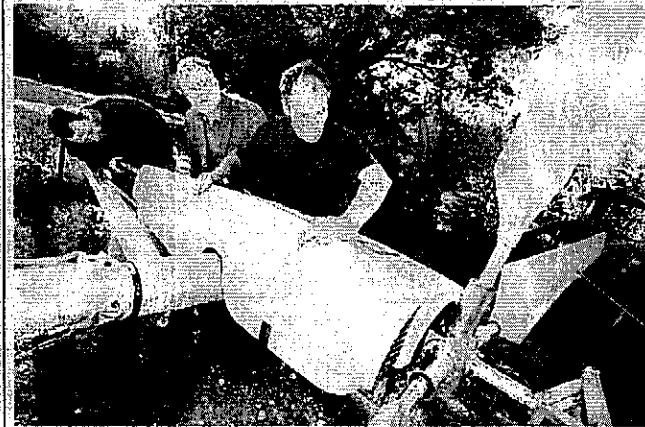
Von Stefan Salger

Oberschweinbach – Bernhard Schulze ist nicht Don Quijote. So wie der 53-Jährige da auf dem Hügel steht, im Jackett, mit Nickelbrille über silbergrauem Bart, ist er ziemlich genau der Gegenentwurf des Ritters von der traurigen Gestalt. Nicht lang und schlaksig, sondern fest gebaut und wie in die Erde eingepflanzt. Und während die Romanfigur einst gegen Windmühlflügel als Sinnbild für den technischen Wandel focht, kämpfte Schulze dafür. Drei Jahre lang. Am Ende siegreich.

Vergangenen Donnerstag war es so weit: Schulzes Windrad wurde aufgestellt, 20 Meter neben seinem Gartenzaun, auf dem Grundstück eines Bauern. Schulze ist der Bürgermeister von Oberschweinbach im Landkreis Fürstentfeldbruck. Er kommt aus dem Ortsteil Günzlhofen, dessen Bewohner seit jeher nicht im Ruf stehen, sich einfach in Konventionen zu fügen. Im 16. Jahrhundert blühte der örtliche Hofmarksherr wegen Glaubensstreitigkeiten seinen Kopf ein, auch stammt aus Günzlhofen die Well-Familie, aus der die bekannten und für ihre Aufwülpigkeit bekannten Musik- und Kabarettgruppen *Biermöß Bloß* und *Weilwürcn* hervorgingen. Kritische oder ablehnende Amtsbescheide – Schulze hat so viele, dass er mit ihnen sein Wohnzimmer tapazieren könnte – waren hier noch nie ein Grund, die Segel zu streichen. Warum er denn das Windrad nicht im eigenen Garten aufstellte, wollte das Landratsamt einmal wissen. Weil er dann seine Bäume fällen müsste, antwortete Schulze und setzte seinen Weg fort.

An dessen Ende steht ein schlanker, silberfarbener Mast, oben drauf ein vierflügeliger Rotor. In ein paar Stunden nur aufgebaut – und bei Bedarf auch sehr schnell wieder umzulegen, für Reparaturen etwa oder für einen Umzug, sollte der

Acker mal Bauland werden. Der offiziellen Genehmigung, die nach dreijährigen Geburtswehen irgendwann doch erteilt wurde, ist zu entnehmen, dass dieses Windrad vom Fuß bis zur Nabe genau 13 Meter misst. Sicher ist, dass es über die Wipfel der Bäume hinausragt, um dort die Kraft des Windes in Strom zu verwandeln. Damit erfüllt sich Schulze einen Kindheitstraum, den er auch Anfang der achtziger Jahre, als sich sein Studium zum Versorgungsingenieur dem Ende zuneigte, nie aus den Augen verlor. Seinerzeit wuchs im Norden der Republik die Große Windenergieanlage „Growian“ 100 Meter hoch in den Himmel und stellte mit drei Megawatt Leistung einen Weltrekord auf. Nur vier Jahre später wurde der fehlerhaft konstruierte 340-Tonnen-Koloss dann aber schon wieder demontiert.



In sieben Stunden von drei Mann montiert: Bernhard Schulzes (Mitte) Windkraftanlage ist die erste im Landkreis Fürstentfeldbruck. Foto: Günther Reger

Schulze backt kleinere Brötchen. Er will keine Rekorde aufstellen, er will unabhängig werden: 100 Prozent regenerative Stromerzeugung. Und gehen seine Berechnungen auf, dann wird er auch noch Überschüsse ins öffentliche Netz einspeisen, die für weitere zwei Haushalte reichen. Läuft die Sechs-Kilowatt-Anlage

Landratsamt, Denkmalschutz-Nachbar: Bernhard Schulze hat alle Skeptiker überzeugt.

1800 bis 2000 Stunden im Jahr, dann wird sie 3000 bis 10 000 Kilowattstunden (kWh) Strom produzieren. Bernhard Schulze muss also für seinen Strom keine 20 bis 25 Cent pro kWh mehr zahlen. Und für den ungenutzten Überschuss

gibt es 9,5 Cent. Mindestens 20 Jahre sollte seine Anlage halten. Läuft alles gut, dann hat Schulze die 20 000 Euro Anschaffungskosten in zehn Jahren wieder hereingeholt. Ab da verdient er mit jeder Umdrehung des Rotors Geld. „Trotzdem gehört bei der Sache noch ein gehöriges Maß an Liebhabelei dazu“, räumt Schulze ein. Die Baugenehmigung zu bekommen, war kompliziert, ein Nachbar legte sich quer, der Denkmalschutz, anfangs auch: wegen der Sichtverbindung zwischen Windrad und Kirchturmspitze.

Wie sich doch um Günzlhofen herum die Welt gewandelt hat. „Früher, vor ein paar Jahren, da war ich der Spinner, der Einzelkämpfer“, sagt er und lacht verschmitzt. „Und heute, da fragen mich ständig die Leute: Du, Bernhard wann stellst du dein Windrad jetzt endlich auf?“ Früher, das war vor der großen Debatte über Klimaschutz und erneuerbare Energiequellen, das war auch noch vor Fukushima. Strom müsse künftig möglichst regional erzeugt werden, sagt Schulze. Wer mit seiner Kleinanlage vorrangig für den Eigenbedarf produziert, der entlastet damit auch die großen, heute schon überlasteten Stromnetze.

Seit Donnerstag hat Schulze nun so etwas wie ein Monopol im Landkreis. Das nächste Windrad von halbwegs vergleichbarer Größe steht 25 Kilometer Luftlinie entfernt in Lohfeld bei Dachau. Zwar wird im Agenda-21-Musterlandkreis Fürstentfeldbruck fieberhaft nach geeigneten Standorten für Windkraftanlagen gesucht. Bis die aber stehen, wird der Rotor über dem Kopf des Bürgermeisters vielleicht schon seine Investitionskosten eingespielt haben.

Die Zeit läuft: Nach sieben Stunden Arbeit haben die zwei Mechaniker den kleinen Schaltkasten angeschlossen. Leise surrend setzen sich die drei Meter langen Flügel in Bewegung. Strom fließt. Schulze ist elektrisiert.

„Starnberg macht's vor“

Planungsverbands-Chef Breu rät Kommunen zur Kooperation

Im Regionalen Planungsverband (RPV) beraten München und die Umlandgemeinden die großen Fragen, wie sich die Region entwickeln soll. Geschäftsführer Christian Breu erklärt, was Kommunen tun können, um bei der Windenergie selbst die Fäden in der Hand zu halten.

Herr Breu, viele Gemeinden sind verunsichert, wie sie mit Anfragen von Windkraft-Investoren umgehen sollen. Gibt es aus Ihrer Sicht einen goldenen Weg?

Das Beispiel des Landkreises Starnberg, wo sich die Gemeinden gemeinsam Flächen für die Ausweisung von Windkraftanlagen überlegen, ist aus unserer Sicht ein ideales Verfahren. Dadurch bekommt man relativ viele Flächen, weil die Gemeinden ja nahe am Bürger dran sind. Ich würde mir wünschen, dass das in allen Landkreisen so funktioniert.

Was ist, wenn ein Investor eine größere Anlage in der Region bauen will?

Der RPV könnte durchaus größere Standorte für regional bedeutsame Anlagen als Vorranggebiete sichern. Es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, auf der regionalen Ebene Ausschlussgebiete festzulegen. Denn es besteht wegen der Privilegierung grundsätzlich ein Anspruch auf Genehmigung.

Sie sind auch Chef des Planungsverbandes Außerer Wirtschaftsraum München (PV). Was rät der Zweckverband seinen Mitgliedern in Sachen Windräder?

Die Anlagen sind ja sehr groß, hoch und weithin sichtbar. Deshalb raten wir den Gemeinden dazu, den Bau zu steuern und im Flächennutzungsplan Konzentrationen auszuweisen. Damit schließt man gleichzeitig Windanlagen an anderer Stelle aus und beugt Wildwuchs vor. Der PV stellt derzeit im Auftrag von Gemeinden Standortuntersuchungen für die Flächennutzungsplanung.

Die Vorstellung, dass bald Dutzende Windräder in der Landschaft stehen, schreckt viele Bürger. Wie viel Windkraft verträgt die Region?

Noch mal: Die Anlagen sind privilegiert. Gemeinden können sie also nicht von vornherein ausschließen. Das gilt auch für den RPV. Die politischen Rahmenbedingungen haben sich geändert. Der Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung beträgt in Bayern 6,7 Prozent, in Deutschland 7,5 Prozent – obwohl in Bayern für moderne Anlagen genügend Wind da wäre. Wenn man Windenergie ausbauen will, wird man zumindest geänderte Sehgewohnheiten in Erwägung ziehen müssen. Man kann den Kuchen nicht essen und gleichzeitig behalten.

Das birgt einigen Konfliktstoff.

Es muss ein Umdenken geben, anders wird es nicht funktionieren. Die schönste Planung nützt nichts, wenn das Ergebnis wenig Windenergie ist. Sie muss sich im Gegenteil danach richten, wie man möglichst viel Windenergie erzeugen kann. Wenn im Landkreis Starnberg die gemeinsame Flächennutzungsplanung gelingt, werden wir am Ende zirka zehn Windkraftstandorte haben. Was das Landschaftsbild betrifft, ist der Landkreis Starnberg diesbezüglich sicherlich am empfindlichsten in der ganzen Region. Wenn's da funktioniert, dann funktioniert es in allen Landkreisen.

Interview: Michael Ruhland



Christian Breu ist Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbandes und Chef des Planungsverbandes Außerer Wirtschaftsraum München. Foto: oh